



Uwe Fischer,
Ortsvereinsvorsitzender
der SPD-Eller im
Interview:

„Wir sind ein aktiver
Ortsverein.
Wir haben eine gute
Atmosphäre, was aber
nicht heißt, dass man
es immer allen recht
machen kann.“

Das gesamte Interview auf
S. 3 und 4

Der Informationsdienst der SPD für den Düsseldorfer Bundestagswahlkreis 108

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Genossinnen und Genossen

Am vergangenen
Wochenende wurden die
sozialdemokratischen
Herzen weit geöffnet:
Beim Parteitag der NRW
SPD, wurde Hannelore
Kraft mit dem traumhaften
Ergebnis von 99,04 %
erneut zur Landesvor-
sitzenden gewählt. An
ihrer Seite wurden als
stellvertretende Landes-
vorsitzende Britta Alten-
kamp, Jochen Ott und Ute
Schäfer wiedergewählt.
Neu gewählt wurde Marc
Herten, der für die nicht
wieder kandidierende
Birgit Fischer antrat.

Zuvor hatte Hannelore

Kraft in einer engagierten
Rede für ihre Wahl gewor-
ben und deutlich gemacht,
warum es am 9. Mai einen
Regierungswechsel in
NRW geben muss.:

**„Erfolgreich, sozial,
gerecht - das ist unser
Zukunftskonzept für
Nordrhein-Westfalen.“**

Die schwarz-gelbe
Landesregierung habe
NRW zu einem Absteiger-
land gemacht. Deshalb sei
es gut und richtig, dass
das Programm der
NRWSPD eine klare
Aussage habe: „Wir
haben den Mut,
Strukturen zu verändern

und es wird Zeit, dass sie
verändert werden.“
Besonders im Schulsystem
müssten Veränderungen
vorgenommen werden,
erklärte Kraft. „Wir sagen
nein zu einem Schulsystem
der Auslese!“ Stattdessen
stehe die SPD für längeres
gemeinsames Lernen und
mehr Durchlässigkeit im
Schulsystem. Bildung müsse
gebührenfrei werden, und
zwar von der Kita bis zur
Uni. „Wir dürfen kein Kind
mehr verlieren. Das ist Ziel
und Zweck unseres
Handelns.“

Es geht wieder aufwärts!

Ihre/Eure

Siegmar Gabriel. Starker Auftritt beim Landesparteitag

Heftig kritisierte der SPD-Chef die Politik des amtierenden Ministerpräsidenten. Dieser habe nach der Sponsoring-Affäre den Eindruck vermittelt, Politik sei käuflich. Damit habe er „die Demokratie in Verruf gebracht.“ Er betreibe „eine unterirdische Schulpolitik“, habe seine SPD-Herausfordererin Hannelore Kraft durch Videoteams „bespitzeln lassen“ und bei seinen Attacken auf rumänische Arbeiter „dumpe ausländerfeindliche Sprüche geklopft“. Gabriel nannte Rüttgers „einen falschen Fuffziger“, der als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender und im Bundesrat eine sozialfeindliche Politik betreibe, die er als Regierungschef in Düsseldorf bekämpfe.



**„Frau Merkel ist
keine Regierung-
schefin, sie ist
Geschäftsführerin
einer Nicht-
Regierungsorga-
nisation“**
(Siegmar Gabriel)

Mehr zur
Kopfpauschale
unter
www.karin-kortmann.de

„NEIN zur Kopfpauschale! Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!“

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander eintreten. Deswegen lehnen wir die Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition ab. Die Kopfpauschale ist

ungerecht, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben wird. Die Kosten für Geringverdiener steigen und Bezieher hoher Einkommen tragen weniger bei. Sie macht einen sozialen Ausgleich nur noch durch Bittstellerei beim Staat möglich. Und sie führt dazu, dass gute medizinische

Leistungen nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein werden. Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die Kosten für Gesundheit gerecht auf alle Schultern verteilt werden. **Wir sagen Nein zur Kopfpauschale!“**

NEIN zur Kopfpauschale

Die SPD kämpft für die Rettung der solidarischen Gesundheitsversorgung. Mit der schwarz-gelben Kopfpauschale würden 40 Millionen Menschen in Deutschland zu Sozialhilfeempfängern, warnte der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel zum Auftakt einer bundesweiten Unterschriftenkampagne.

Bereits über 10.000 Menschen, darunter viele prominente Bündnispartner, unterstützten schon kurz nach dem Start die Aktion. Mit einer Kampagne gegen die von Angela Merkel und Guido Westerwelle geplante Kopfpauschale setzt die SPD die Bundesregierung unter Druck. Am Montag startete der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in Berlin gemeinsam mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, dem Gesundheitsökonom Eckart Fiedler sowie Hannelore Kraft und Manuela Schwesig eine Unterschriften-Aktion gegen den Systemwechsel im Gesundheitswesen.

Am Samstag haben auch Karin Kortmann, Gerd Blatz und Andreas Rimkus unterschrieben. Nutzen Sie auch die Möglichkeit online zu unterschreiben unter www.spd.de



40.000 Vollzeitstellen in Kindertagesstätten nötig

Bis zu 40.000 zusätzliche Vollzeitstellen für Erzieher in Kindertagesstätten sind nötig, um den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 zu realisieren.

Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/714) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (16/564). Hinzu kommt ein Bedarf von 25.000 Tagespflegepersonen, heißt es in dem Schreiben weiter. Die Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung sei deshalb ein "Schlüsselfaktor für die Qualitätsentwicklung in der Praxis", schreibt die Regierung. Es werde nötig sein, zusätzliche Ausbildungskapazitäten an Fachschulen zu schaffen und die frühpädagogischen Studiengänge einzubeziehen, um einen guten Qualitätsmix in den Einrichtungen zu erreichen. "Entscheidend" sei jedoch auch, das Berufsfeld der Erzieher durch bessere Rahmenbedingungen aufzuwerten und für eine höhere gesellschaftliche Anerkennung zu sorgen, führt die Regierung weiter aus. In diesem Zusammenhang wolle sie auch die bisher deutlich unterrepräsentierten Männer in diesem Berufszweig aktivieren. Unabhängig von der Finanzlage der Kommunen steht die Bundesregierung zu der 2007 zwischen Bund, Ländern und Kommunen getroffenen Vereinbarung, bis 2013 750.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu schaffen. Das schreibt die Bundesregierung unter Verweis auf Presseberichte über die desolate Finanzlage der Kommunen. Es sei Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass die vom Bund für den Ausbau bereitgestellten 4 Milliarden Euro auch tatsächlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung gestellt werden. Es sei ebenso Aufgabe der Länder, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die vereinbarten Ziele erreicht werden.

Gleicher Kündigungsschutz für alle

Die Gesetzgebung sieht bisher vor, dass Beschäftigungszeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahres angefallen sind, bei der Berechnung der Kündigungsfrist nicht berücksichtigt werden.

Eine solche Schlechterstellung ist nicht vereinbar mit dem Verbot der Diskriminierung wegen des Alters. Mit einem Gesetzentwurf zur Erweiterung des Kündigungsschutzes bei unter 25jährigen (Drs. 17/775) will die SPD-Bundestagsfraktion diese Ungleichbehandlung aufheben. Der Europäische Gerichtshof hat am 19.1.2010 entschieden, dass die bisherige deutsche Regelung mit dem Unionsrecht nicht vereinbar ist und ab sofort durch die nationalen Gerichte nicht mehr angewendet werden darf. Auch aus Gründen der Rechtsklarheit und der Rechtssicherheit muss deshalb hier eine gesetzgeberische Klarstellung erfolgen und der entsprechende Paragraph im Bürgerlichen Gesetzbuch ersatzlos gestrichen werden. Damit wird Betriebstreue jüngerer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht mehr schlechter bewertet als die der älteren Beschäftigten. Im Übrigen hat sich das Prinzip, die Dauer der Kündigungsfrist an die Dauer der Betriebszugehörigkeit zu koppeln, bewährt.

Carsharing-Stellplätze ermöglichen

Wir wollen Kommunen die Einrichtung von Carsharing-Stellplätzen ermöglichen. Carsharing ist

einerseits ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und zu einer lebenswerten und gesunden Umwelt in Städten. Andererseits ermöglicht es flexible und bezahlbare Mobilität mit dem Auto. Gerade angesichts steigender Mobilitätskosten ist es eine sinnvolle Ergänzung im Mobilitätsangebot. Carsharing stärkt den ÖPNV und entlastet den begrenzten Verkehrs- und Parkraum von Städten und Ballungsräumen. Anfang 2009 nutzten 137.000 Menschen Carsharing-Angebote in etwa 270 Städten und Gemeinden. Die Nutzerzahlen nehmen stetig zu: allein gegenüber 2008 um 18 Prozent. Mittelfristig wird das Potential von Carsharing – bei geeigneten Rahmenbedingungen – auf bis zu zwei Millionen Nutzerinnen und Nutzer geschätzt.

Eller

SPD-Ortsvereinsvorsitzende im Porträt

Herr Fischer, seit sieben Jahren sind Sie Ortsvereinsvorsitzender der SPD-Eller. Was war in dieser Zeit für Sie das schönste Partei-Erlebnis?

Schöne Erlebnisse sind gelungene Veranstaltungen, die wir gemeinsam organisieren und durchführen, sei es eine Mitgliederversammlung oder unsere Teilnahme als "Rote Teufel" am Veedelszoch in Eller.

Ihr Ortsverein hat gerade in den letzten beiden Jahren ganz neue Ansätze in der Bürgeransprache ausprobiert und nicht nur auf den bewährten Infostand am Gertrudisplatz gesetzt. Wie sind Feuerwehrwagen und Bürger-Treff angekommen?

Vor der letzten OB - Wahl haben Harald Walter und Herbert Prickler einen Feuerwehr-Oldtimer angeschafft, umgebaut und ausgestattet und im OB-Wahlkampf, wie auch in den 2009 er Wahlkämpfen eingesetzt. Durch die vielen Einsätze und Fahrten im bzw. um unseren Stadtteil ergab sich eine hohe Wiedererkennung. Unser "SPD - Bürgertreff Eller" war, im Nachgang beurteilt, ebenfalls durch das hohe Engagement vieler Genossinnen und Genossen ein erfolgreiches Projekt. Wir hatten, da wir an vier Tagen in der Woche vor- und nachmittags Öffnungszeiten organisieren konnten, sehr viele Gesprächskontakte und ebenso durch die sechs "Sonntagsfrühschoppen" und andere Veranstaltungen. Warum ich das alles positiv bewerte: es fällt den Menschen in Eller auf, daß es den Bürgertreff nicht mehr gibt!!

Während des Kommunalwahlkampfes haben Sie mit der „Nadelstichaktion“ auf Veränderungsbedarf im Stadtteil Eller hingewiesen. Was konnten Sie bisher über Ihre Arbeit in der Bezirksvertretung und im Rat der Stadt Düsseldorf erreichen?

Wesentliche Themen unserer Nadelstiche waren mobilitätsbehindertengerechte Zugänge zur Stadtbahn U75 und zur Linie 715 sowie den drei S - Bahn Zugängen. Hier haben wir insbesondere eine diesbezügliche Überplanung der Endhaltestelle Vennhauser Allee eingefordert, da es sich um einen wichtigen ÖNVP - Knotenpunkt handelt. auch angeregt haben wir einen städtebaulichen Ideenwettbewerb unter Einbeziehung der Elleraner Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung des Gertrudisplatzes. Auch haben wir eine sehr lokale Thema in Eller thematisiert, nämlich die Taubenproblematik an der Bahnunterführung Gumbertstrasse. Ein weiteres Thema war die Bebauung des alten Kirmesplatzes an der Sturmstraße. Seit über 10 Jahren passiert hier nix. Es liegt ein gültiger Bebauungsplan vor, aber die Verwaltung hat es bisher nicht vermocht, dieses Gelände an einen Inverstor zu veräußern. Grund: unter diesem Gelände befindet sich eine alte, schon während der vierziger Jahre eingerichtete Deponie. Unseres Erachtens sind die Risiken nicht ausreichend beschrieben, so dass hier kein Investor gefunden wird. Was konnte erreicht werden:

**Name:**

Uwe Fischer

Beruf:

Chemotechniker,
Betriebswirt

Geburtsjahr und -ort:

27.12.1956,
natürlich in
Düsseldorf

besondere Leidenschaft:

Kochen. Am liebsten mit und für Freunde

größte Hoffnung:

Dass die SPD in den Augen der Wählerinnen und Wähler wieder die Partei der sozialen Gerechtigkeit wird.

bezüglich der Taubenproblematik, welche wir als Nadelstich thematisiert haben, haben wir eine rege Betriebsamkeit noch während des Kommunalwahlkampfes seitens der Verwaltung auslösen können, nachdem dieses Thema über 10 Jahre eher, gelinde ausgedrückt, schleppend bearbeitet wurde.

Die mobilitätsbehindertengerechten Zugänge haben wir im Rahmen der Etatberatungen 2010 in die Bezirksvertretung eingebracht, wurden aber durch die Ratsmehrheit abgelehnt. In den letzten Wochen erhielt dieses Thema eine neue Dynamik durch die Änderung der Linienführung der 715 im Bezug der Kö-Bogenbebauung. Die Linie 715 wird von der Altstadt abgeschnitten, so daß es für Mobilitätsbehinderte einen höheren Aufwand bedeutet, dorthin zu gelangen.

Auch die Gestaltung des Gertrudisplatzes haben in die Etatberatungen eingebracht, sind auch hier auf Ablehnung von Verwaltung und Ratsmehrheit gestoßen. Wir bleiben aber dran. Zur Bebauung Kirmesplatz haben wir eine Initiative der Stadt eingefordert, welche die Risiken für einen Investor minimiert. Die Stadt soll im Rahmen rechtlicher Vorgaben die Beseitigung der Altlasten übernehmen und ausführen, um daß Gelände für einen Investor attraktiv zu machen.

Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit mit anderen Parteien in Ihrem Stadtgebiet? Ist eher Kooperation oder Konkurrenz angesagt?

Die Zusammenarbeit mit den Wettbewerbern wird in unseren OV als sehr problematisch empfunden. Nadelstiche pieksen und unsere Nadelstiche haben es. So waren unsere christlich demokratischen Wettbewerber in Eller total überfordert, sich mit den Nadelstichen und uns thematisch auseinander zu setzen.

Sie sahen nur ihre Möglichkeit der politischen Auseinandersetzung darin, uns mit übelsten, persönlichen Verleumdungen oder politischen Diffamierungen zu überschütten, die sie bis heute nicht zurückgenommen haben oder ihr bedauern geäußert haben.

Das Verhältnis zu den Grünen möchte ich nicht weiter kommentieren, sieht doch ein jeder auf welchem neokonservativen - neoliberalen Tripp sie sich befinden.

Das bedeutet aber nicht, daß unsere Mandatsträger in der Bezirksvertretung, sich einer punktuellen, moderaten Zusammenarbeit verweigern.

Kommen Sie doch mal vorbei zum Infostand der Ellerner SPD am Samstag, den 27. März ab 10 Uhr auf dem Gertrudisplatz

Das Interview führte Karin Kortmann

Erklärung des Präsidiums der SPD zum Internationalen Frauentag am 8. März

*„Macht bedeutet
die Fähigkeit sich
mit Anderen
zusammen zu
schließen und im
Einvernehmen
mit ihnen politisch
zu handeln.“*

(Hannah Arendt)

Vor 99 Jahren, am 19. März 1911, gingen erstmals Frauen in Berlin zum Frauentag für ihre Rechte auf die Straße. Sie kämpften um das Frauenwahlrecht, um ihre politischen Rechte und um Partizipation.

Fast ein Jahrhundert später tragen Frauen Verantwortung in allen Bereichen unserer Gesellschaft und auf allen Ebenen. Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie keine Generation zuvor. Und trotzdem liegt Deutschland bei der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zurück.

Immer noch liegt der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern bei etwa 23 Prozent. Das ist beschämend und inakzeptabel. Für die SPD gilt die Kernforderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Wir fordern die Bundesregierung auf, klare gesetzliche Regelungen zu schaffen, damit die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen endlich geschlossen wird.

Außerdem brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Er bedeutet für viele Frauen einen wichtigen Schritt hin zur Existenzsicherung, zur Vermeidung von Armut, zu materieller Unabhängigkeit, er bedeutet Anerkennung ihrer Arbeit und Leistung. Wenn sich gerade ein großer Discounter dafür ausgesprochen hat, Mindestlöhne einzuführen, so ist das ein Schritt in die richtige Richtung, der Hunderttausenden Frauen hilft. Auf Worte müssen Taten folgen!

Um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist ein Ausbau der sozialen Infrastruktur dringend erforderlich. Bis 2013 muss der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr Realität sein. Auch darum darf die Finanzkraft der Kommunen nicht weiter geschwächt werden.

Wir werden in unseren Zukunftswerkstätten in den kommenden zwei Jahren Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema bearbeiten. So können wir alltagstaugliche Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft entwickeln und in einem Aktionsplan Gleichstellung bündeln.

Die SPD will das Vertrauen der Frauen in unserem Land zurückerobern, das sie bei den letzten Wahlen eingebüßt hat. Am 9. Mai werden wir mit unserer Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, die erste große Herausforderung annehmen.



10 Jahre Erneuerbare-Energien-Gesetz

Vor zehn Jahren wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von einer rot-grünen Mehrheit im Deutschen Bundestag beschlossen.

Dieses bis dahin einmalige Förderinstrument verhalf den Erneuerbaren Energien in Deutschland zum Durchbruch und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz und zu einer ökologischen und sozialen Energiewende. Das EEG verankerte den Vorrang für Strom aus Erneuerbaren Energien. Entsprechende Anlagen müssen bevorzugt angeschlossen und der Strom muss von den Netzbetreibern vorrangig abgenommen, übertragen und vergütet werden. Die Branche boomt seither und der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch kletterte innerhalb von zehn Jahren von 6,3 auf über 16 Prozent. 2020 sollen es 30 Prozent sein - so ist es im EEG fest geschrieben – und bei unvermindertem Ausbau kann die Stromversorgung im Jahr 2050 bereits vollständig durch Erneuerbare Energien gedeckt werden. Ebenso vielversprechend sind die Beschäftigungsaussichten. Bereits heute stellt die Branche mehr als 280.000 Arbeitsplätze und in den kommenden zehn Jahren werden voraussichtlich noch über 200.000 neue Jobs hinzukommen. Inzwischen dient das EEG knapp 50 Ländern der Welt als Vorbild für ähnliche Fördersysteme.

Erfolgsgeschichte fortschreiben

Wir wollen die Erfolgsgeschichte des EEG fortschreiben. In unserem Antrag „Das EEG – Auf dem besten Weg zu einer ökologischen und sozialen Energiewende“ (Drs. 17/778) fordern wir die Bundesregierung auf, eine energiepolitische Strategie vorzulegen, mit der die CO₂-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2050 um bis zu 95 Prozent verringert werden und die Unabhängigkeit von Energieimporten erhöht wird. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir das EEG mit Weitsicht und Bedacht weiterentwickeln. Politische Schnellschüsse, wie die von Umweltminister Röttgen geplante zusätzliche Absenkung der Solarförderung, dürfen nicht das Wachstum der Branche bremsen und somit die technologische Vorreiterrolle der deutschen Unternehmen gefährden. Anstelle dessen muss die jeweilige Förderung so angepasst werden, dass genug Spielraum für Forschung und Entwicklung bleibt und gleichzeitig Anreize zur Kostensenkung gegeben sind. Das EEG ist ein langfristig angelegtes, unverzichtbares Instrument zur Technologieförderung und schafft Planungs- und Investitionssicherheit für potenzielle Investoren. Als Solches wollen wir es erhalten.

Flankierung durch weitere Maßnahmen

Das EEG kann aber nur dann seine volle Wirkung entfalten, wenn es flankiert wird von anderen Maßnahmen. Dazu zählen zum einen ein forcierter Netzausbau von Hoch- und Höchstspannungsleitungen, um im Rahmen des Ausbaus der Offshore-Windenergie den Stromtransport von den Küsten in die Verbrauchsschwerpunkte zu gewährleisten und der zu erwartenden Ausweitung der dezentralen Stromeinspeisung in den kommenden Jahren gerecht zu werden. Um die Netze zu entlasten, brauchen wir außerdem zur Anreize zur Weiterentwicklung der Speichertechniken.

Es gilt, die Förderprogramme im Wärme- und Effizienzbereich fortzuschreiben.

Impressum:

SüdBlick

Hrsg: Karin Kortmann
c/o SPD
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Ich habe auch eine
Website!

Besuchen Sie mich unter:
www.karin-kortmann.de

FOTOS:
KARIN KORTMANN,
NRWSPD
KARIKATUREN: KLAUS
STUTTMANN



Namen , Daten & Fakten

Renate Klein, Mitglied im Gesprächskreis Kirche hat am 1. März bekommen. Das ist das Bundesverdienstkreuz erhalten. Herzlichen Glückwunsch!



Prof. Dr. Gesine Schwan stellt am 8. März um 10.30 Uhr ihr neues Buch „Wege in eine gemeinsame Zukunft“ in der Friedrich Ebert Stiftung in Bonn vor.



Zu den Forderungen aus der CSU, den Pflege-TÜV abzuschaffen, erklärt die Bundesvorsitzende der AG SPD 60 plus **Erika Drecoll**: Der Pflege-TÜV ist unverzichtbar. Er schafft erstmals Transparenz und Vergleichbarkeit auf dem unübersichtlichen Markt der Pflegeheime. Ältere Menschen und ihre Angehörigen dürfen bei der Wahl der geeigneten Pflegeeinrichtung nicht allein gelassen werden. Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer will den Pflege-TÜV abschaffen, weil zu

wenige Einrichtungen sehr gute Bewertungen zynisch. Natürlich müssen die Erfahrungen aus der Praxis sorgfältig ausgewertet werden. Und natürlich kann das System der Bewertungen verbessert werden. Aber an erster Stelle muss immer das Interesse der Heimbewohnerinnen und -bewohner stehen.

Karin Kortmann ist Erstunterzeichnerin für eine „Zukunft ohne Atomwaffen“. Mehr dazu unter Karin-kortmann.de

Die Auftaktveranstaltung zur **Woche der Brüderlichkeit** findet am 09.03. um 19 Uhr in der Jüdischen Gemeinde statt. Den Vortrag hält **Prof. Dr. Gert Kaiser** zu „Verlorene Maßstäbe“

Am 13.03. findet der Krönungsball im Schützenhaus in Eller statt. Es laden ein **König Herbert Prickler mit Königin Sylvia**.

Rudolf Dressler ist Hauptredner einer SPD-Veranstaltung am 19. März in Gerresheim um 16 Uhr in der Mensa der ehemaligen Glashütte.

Am 21. März findet der jährliche Frühlings-Frühshoppen der **Unterbacher SPD** ab 11 Uhr in der Gaststätte „In der Delle“ statt.

Merken Sie sich bitte schon heute zwei wichtige Termine im Rahmen des Landtagswahlkampfes vor:

Am 7. April wird unsere Spitzenkandidatin Hannelore Kraft ganztags in Düsseldorf unterwegs sein. und

Am 10. April ab 14.00 Uhr findet die zentrale Wahlkampfereignisveranstaltung bei uns in Düsseldorf, in der Philipphalle statt. Alle sind dazu herzlich eingeladen.

Weitere Informationen zu alle SPD-Veranstaltungen finden Sie unter www-spd-duesseldorf.de